Barrierefreiheitsgesetz: Entstehung, Ziel und Geltungsbereich

ÖBR Fachkonferenz 2025

Andreas Reinalter und Konrad Swietek BMASGPK, Abteilung IV/1 Wien, 25. September 2025

Der Weg zum EAA (1)

- Vorschlag der Europäischen Kommission vom 2. Dezember 2015 ("European Accessibility Act – EAA")
- Ratsarbeitsgruppe Sozialfragen: 28 Sitzungen (2016/2017)
- "Allgemeine Ausrichtung" des Rates am 7. Dezember 2017
- Trilog: insgesamt 7 Verhandlungsrunden, entscheidende
 Trilogverhandlungen unter österreichischem Ratsvorsitz 2018
- **Diskussionspunkte** waren insbesondere:
 - Vergaberecht

Bauliche Umwelt

Notrufe

 Ausnahme von Kleinstunternehmen

- Medien
- CE-Kennzeichnung



EUROPEAN ACCESSIBILITY ACT

IMPROVING THE ACCESSIBILITY OF PRODUCTS
AND SERVICES IN THE SINGLE MARKET



Der Weg zum EAA (2)

- Sprachjuristische Prüfung
- Endgültige Abstimmung im Europäischen Parlament am
 13. März 2019 (613 Abgeordnete dafür, 23 dagegen, 36 Enthaltungen)
- Endgültige Annahme im Rat der EU am 9. April 2019
 (27 Mitgliedstaaten dafür, Enthaltung durch UK)
- Richtlinie (EU) 2019/882 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen
- Veröffentlicht im Amtsblatt der EU am 7. Juni 2019 (ABI. L 151, Seiten 70–115)

L 151/70

Amtsblatt der Europäischen Union

7.6.2019

RICHTLINIEN

RICHTLINIE (EU) 2019/882 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 17. April 2019

über die Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

(Text von Bedeutung für den EWR)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION -

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, insbesondere auf Artikel 114,

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente

nach Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (1),

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren (3),

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Zweck dieser Richtlinie ist es, durch Angleichung der Rechts- und Verwälungsvorschriften der Mügliedstaaten über die Barierferbiehstunforderungen für bestimmte Produkte und Dienstleistungen einen Beitrag zum rebungslosen Funktionieren des Binnenmarkts zu leisten, indem insbesondere durch unterschiedliche Bariererfreistensforderungen in den Migliedstaaten beinigte Hindermisse für der fireter Verkeich bestimmter berinterfreister fordakte und der Verfügbrakeit barrierfreisten vom der Verfügbrakeit barrierfreisten vom der Verfügbrakeit barrierfreisten Produkte und Dienstleistungen auf dem Binnenmarks erhöben und die Bariererfreisberachtigen in der Verfügbrakeit barrierfreisten vom der Verfügbrakeit barri
- (2) Der Bodarf an bariererfreien Produkten und Dienstleisungen ist groß, und die Zahl der Menschen mit Behinderungen wird vorausschlicht noch deutlich seigen. Bin Umfeld mit beser zugünglichen Produkten und Dienstleisungen ermöglicht eine inklusivere Geeillschaft und erleichtert Menschen mit Behinderungen ein unabhängiges Leben. Dabe sinde berücknigt werden, dass in der Union mehr Frauen als Münner eine Behinderung haben.
- (1) In dieser Richtlinie werden Menschen mit Behinderungen im Einklarg mit dem am 13. Dezember 2006 angenommenen Übernichnommen der Versteinen Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen für Folgender "VN-Behinderternerfeitskonvention ein, des versteinen Verstagsparte die Union seit dem 21, Innuar 2011 ist und das alle Mitgliedsstaaren rittlitiert abset, desfierte. Gemäß der VN-Behinderterentskonvention ziehten zu des Menschen mit Behinderungen "Menschen, die langfristige körperlicht, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie im Wercheisehrung mit verschiedenen Bartrieren auf er vollen, wirksamen und gleichberechtigter Teillabe an der Gesellschaft hindern können." Diese Richtlinie Fordert die volle, wirksame und gleichberechtigter Teillabe darund verbesenung des Zuguags zu Allzagspondakten und «Hennelsteitungen, die dernicht im ursprünglicheise Dezign oder eine spätere Anpassung den besonderen Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen Rechnung tragen.
- (4) Andere Menschen mit funktionellen Einschränkungen, wie ährer Menschen, Schwangere oder Reisende mit Ge-päck, werden ebenfalls von dieser Richtlinie profitieren. Der Begriff Menschen mit funktionilen Einschränkungeri im Sinne dieser Richtlinie umfasst Menschen, die dauerhafte oder vorrübergebende k\u00fcrpefiche, seelsche, gestige oder sensorische Besterinktlingungen, alterbedunge Besterinktlingungen oder sonstige mit der Leitsungsfähigheit des Barrieren dazu f\u00fchren, dass diese Menschen verminderen Zugang zu Produkten und Diennleitungen haben, und bewirken, dass diese Produkte und Diennleitungen auf im bewonderen Beduffnisse angegesats werden mitsen.
- (5) Die Unterschiede zwischen dem Rechts- und Verwaltungsvoeschriften der Mügliedstaaten über die Bartierefreiheit von Produkten und Dienstleitungen für Merschen mit Behinderungen schaffen Hinderinsse für freier Verkehr von Produkten und Dienstleitungen sowie für den wirksamen Wertbewerb im Binnennaukt. Bei einigen Produkten und Dienstleitungen werden diese Unterschiede in der Union nach dem Inkraftureten der Vie-Reihindernechtsonvention voraussichtlich noch zunehmen. Von solchen Hindernissen sind vor allem Wirtschaftsakreure, insbesondere Usiene und mitzler Unternehmen (2001), Destroffen.

⁵) ABL C 303 vom 19.8.2016, 5.103.

⁽⁷⁾ Standpunkt des Europäischen Parlaments vom 13. März 2019 (noch nicht im Amtsblatt veröffentlicht) und Beschluss des Rates vom 9. April 2019.

Der Weg zum Barrierefreiheitsgesetz (1)

- Arbeitsgruppe zur Klärung der Zuständigkeiten und des Umsetzungskonzepts
- "Kompakte" Umsetzung des EAA (BaFG, SMSG, TKG)
- Ausarbeitung des Erstentwurfs ("Dreispaltendokument")
- "Vorbegutachtung", legistische Ausarbeitung des Begutachtungsentwurfs (inkl. Gesetzesmaterialen)
- **Begutachtung:** 21.9.2022 bis 2.11.2022
- Legistische Ausarbeitung der Regierungsvorlage
- Stakeholder-Dialoge im Jänner 2022



1 von 4

Der Weg zum Barrierefreiheitsgesetz (2)

- Politische Koordinierung der Regierungsparteien
- Ministerratsbeschluss am 17. Mai 2023
- Parlamentarische Behandlung und Beschlussfassung: Sozialausschuss/Plenum (Nationalrat/Bundesrat) Mai bis Juli 2023
- Beschluss des Nationalrats am 6. Juli 2023
- **Notifizierung** an Europäische Kommission (19.7.2023)
- Aufbau der **Marktüberwachung** (2023–2025)
- Inkrafttreten: 28. Juni 2025

BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2023	Ausgegeben am 19. Juli 2023	Teil I
76. Bundesgesetz:	Barrierefreiheitsgesetz und Änderung des Sozialministeriumservicegesetzes (NR: GP XXVII RV 2046 AB 2145 S. 224, BR: AB 11262 S. 956.)	
	[CELEX-Nr.: 32019L0882]	

76. Bundesgesetz, mit dem ein Barrierefreiheitsgesetz erlassen Sozialministeriumservicegesetz geändert wird

Der Nationalrat hat beschlossen:

Bundesgesetz über Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen (Barrierefreiheitsgesetz - BaFG)

Inhaltsverzeichnis

1. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1. Gesetzesziel Geltungsbereich

Begriffsbestimmungen

2. Abschnitt Anforderungen an die Barrierefreiheit und freier Warenverkehr

§ 4. Verpflichtende Barrierefreiheitsanforderungen

- 8.5 Konformitätsvermutung
- Verhältnis zu geltendem EU-Recht im Bereich des Personenverkehrs 8. Freier Warenverkehr

3. Abschnitt

Pflichten der Wirtschaftsakteure

- § 9. Pflichten der Hersteller § 10. Pflichten der Bevollmächtigten
- 8 11 Pflichten der Importeure
- 12. Pflichten der Händler
- § 13. Umstände, unter denen die Pflichten des Herstellers auch für Importeure und Händler
- δ 14. Pflichten der Dienstleistungserbringer

Informationen über die bauliche Umwelt

δ 16. Identifizierung der Wirtschaftsakteure

Grundlegende Veränderungen von Produkten oder Dienstleistungen und unverhältnismäßige Belastungen für die Wirtschaftsakteure

- § 18. Unverhältnismäßige Belastungen

www.ris.bka.gv.at

Ziele und Mehrwert

- Förderung des selbstbestimmten Lebens und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

 Beitrag zur Umsetzung der UN-BRK
- Stärkung des EU-Binnenmarktes → Beitrag zur Harmonisierung
- Stärkung der Barrierefreiheit

 Wirtschaftsrecht als geeignetes Instrument
- Produkte und Dienstleistungen von Beginn an und durchgehend barrierefrei gestaltet
 → nachträgliche teure "Umrüstungen" werden dadurch vermieden
- Zentrale Marktüberwachung garantiert die effektive Durchsetzung der Vorgaben
 - → Durchsetzung mit hoheitlichen Mitteln, aber Grundsatz "Beraten vor Strafen"

Ziele und Mehrwert

- Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen
 - → Vebraucher:innen können ihr Recht **niederschwellig** nutzen zusätzlich zu bestehenden Rechtsinstrumenten (insbesondere Behindertengleichstellungsrecht)
- Klare Regeln zur Barrierefreiheit, die generell einzuhalten sind ("Design for all")
 - → Menschen mit Behinderungen profitieren und müssen ihr Recht auf Barrierefreiheit nicht individuell "erkämpfen"
 - v.a. blinde und gehörlose Personen sowie Menschen mit Sehbehinderungen und Hörbehinderungen
- Langfristig Kostenersparnis für Förderungen und öffentliche Anschaffungen, die früher notwendig waren → Entfall für nachträgliche Adaptierungen und Ersatzbeschaffungen für nicht-barrierefreie Produkte und Dienstleistungen

"Besonderheiten" und Ausgestaltung in Österreich

- "Kompakte" Umsetzung → keine Zersplitterung im Gegensatz zu anderen Mitgliedstaaten
- Nähere nationale Ausgestaltung insbesondere bei
 - Marktüberwachung: Eine zentrale Marktüberwachungsbehörde für Produkte und Dienstleistungen (Sozialministeriumservice, Landesstelle Oberösterreich)
 - **Rechtsdurchsetzung**: niederschwellige Nutzung durch Verbraucher:innen
 - Sanktionen/Verwaltungsstrafen: Festlegung der Straftatbestände und der Strafhöhe von bis zu 80.000 €
- Weitere Ausgestaltung auf EU-Ebene durch Normen (Standards) und allenfalls delegierte Rechtsakte bzw. Durchführungsrechtsakt

Beispiel: Ausgestaltung der Sanktionen – EAA

Artikel 30

Sanktionen

- (1) Die Mitgliedstaaten legen für Verstöße gegen aufgrund dieser Richtlinie erlassene innerstaatliche Vorschriften Sanktionen fest und treffen alle für deren Anwendung erforderlichen Vorkehrungen.
- (2) Die Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein. [...]

Verwaltungsstrafbestimmungen

- § 36. (1) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist vom Sozialministeriumservice mit einer Geldstrafe bis zu 80 000 € zu bestrafen, wer
 - 1. entgegen § 9 Abs. 1, § 11 Abs. 1 oder Abs. 3 erster Satz ein Produkt in Verkehr bringt;
 - 2. entgegen § 12 Abs. 3 erster Satz ein Produkt auf dem Markt bereitstellt;
 - 3. entgegen § 14 Abs. 1 eine Dienstleistung anbietet oder erbringt.

Wird die Verwaltungsübertretung von einem Kleinstunternehmen gemäß § 3 Z 19 oder von einem kleinen und mittleren Unternehmen gemäß § 3 Z 20 begangen, ist das Unternehmen mit einer Geldstrafe bis zu 50 000 € zu bestrafen.

- (2) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist vom Sozialministeriumservice mit einer Geldstrafe bis zu 40 000 € zu bestrafen, wer
 - 1. entgegen § 9 Abs. 2 in Verbindung mit Anlage 2 das entsprechende Konformitätsbewertungsverfahren nicht oder nicht ordnungsgemäß durchführt oder durchführen lässt, die EU-Konformitätserklärung nicht ausstellt oder die technische Dokumentation nicht oder nicht ordnungsgemäß erstellt;
 - 2. entgegen § 14 Abs. 2 in Verbindung mit Anlage 3 die notwendigen Informationen über Dienstleistungen nicht oder nicht ordnungsgemäß erstellt;
 - 3. entgegen § 9 Abs. 5 keine Typen-, Chargen- oder Seriennummer oder kein Kennzeichen zur Identifikation angibt;
 - 4. entgegen § 9 Abs. 6 oder § 11 Abs. 4 die Angaben nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise macht;
 - 5. entgegen § 9 Abs. 7 oder § 11 Abs. 5 nicht sicherstellt, dass die Gebrauchsanleitung und Sicherheitsinformationen beigefügt sind;
 - 6. entgegen § 11 Abs. 2 ein Produkt in Verkehr bringt oder entgegen § 12 Abs. 2 ein Produkt auf dem Markt bereitstellt;
 - 7. entgegen § 9 Abs. 8, § 11 Abs. 8 oder § 14 Abs. 4 die erforderlichen Korrekturmaßnahmen nicht ergreift oder entgegen § 12 Abs. 5 die Ergreifung der erforderlichen Korrekturmaßnahmen nicht sicherstellt;
 - 8. entgegen § 20 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 30 Abs. 5 der Verordnung (EG) 765/2008 eine Kennzeichnung, ein Zeichen oder eine Aufschrift auf einem Produkt anbringt;
 - 9. entgegen § 9 Abs. 2, § 20 Abs. 2 oder § 20 Abs. 3 ein Produkt mit einer CE-Kennzeichnung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise versieht.

Wird die Verwaltungsübertretung von einem Kleinstunternehmen gemäß § 3 Z 19 oder von einem kleinen und mittleren Unternehmen gemäß § 3 Z 20 begangen, ist das Unternehmen mit einer Geldstrafe bis zu 25 000 € zu bestrafen.

- (3) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist vom Sozialministeriumservice mit einer Geldstrafe bis zu 16 000 € zu bestrafen, wer
 - 1. entgegen § 9 Abs. 3 oder § 10 Abs. 2 Z 1 die technische Dokumentation und die EU-Konformitätserklärung nicht für die Dauer von fünf Jahren aufbewahrt;
 - 2. entgegen § 11 Abs. 7 die Kopie der EU-Konformitätserklärung nicht für die Dauer von fünf Jahren aufbewahrt oder die technische Dokumentation nicht vorlegen kann;
 - 3. entgegen § 14 Abs. 2 die Informationen nicht bereitstellt oder nicht für die Dauer des Angebots der Dienstleistung aufbewahrt;
 - 4. entgegen § 9 Abs. 8, § 11 Abs. 8, § 12 Abs. 5 oder § 14 Abs. 4 das Sozialministeriumservice nicht informiert;
 - 5. entgegen § 9 Abs. 9, § 10 Abs. 2 Z 2 und 3, § 11 Abs. 9, § 12 Abs. 6 oder § 14 Abs. 5 dem Sozialministeriumservice nicht alle Informationen und Unterlagen aushändigt oder mit der Behörde nicht kooperiert;
 - 6. entgegen § 11 Abs. 3 zweiter Satz oder § 12 Abs. 3 zweiter Satz das Sozialministeriumservice oder die entsprechenden Wirtschaftsakteure nicht informiert;
 - 7. entgegen § 15 Abs. 1 die Informationen nicht erstellt oder nicht bereitstellt oder entgegen § 15 Abs. 2 die Informationen nicht für die Dauer des Angebots der Dienstleistung aufbewahrt;
 - 8. entgegen § 16 zur Identifizierung der Wirtschaftsakteure nicht beiträgt;
 - 9. entgegen § 17 Abs. 3 letzter Satz oder § 18 Abs. 3 letzter Satz dem Sozialministeriumservice keine Kopie der Beurteilung vorlegt;
 - 10. entgegen § 17 Abs. 4 oder § 18 Abs. 4 das Sozialministeriumservice nicht informiert;
 - 11. entgegen § 17 Abs. 5 oder § 18 Abs. 5 dem Sozialministeriumservice die maßgeblichen Fakten nicht übermittelt;
 - 12. entgegen § 18 Abs. 6 die Beurteilung nicht erneut ausführt;
 - 13. entgegen § 24 Abs. 2 dem Sozialministeriumservice die notwendigen Unterlagen nicht zur Verfügung stellt.

Wird die Verwaltungsübertretung von einem Kleinstunternehmen gemäß § 3 Z 19 oder von einem kleinen und mittleren Unternehmen gemäß § 3 Z 20 begangen, ist das Unternehmen mit einer Geldstrafe bis zu 10 000 € zu bestrafen.

Beispiel: Ausgestaltung der Sanktionen – BaFG

Verwaltungsstrafbestimmungen

- § 36. (1) Eine Verwaltungsübertretung begeht und ist vom Sozialministeriumservice mit einer Geldstrafe bis zu 80 000 € zu bestrafen, wer
 - 1. entgegen § 9 Abs. 1, § 11 Abs. 1 oder Abs. 3 erster Satz ein Produkt in Verkehr bringt;
 - 2. entgegen § 12 Abs. 3 erster Satz ein Produkt auf dem Markt bereitstellt;
 - 3. entgegen § 14 Abs. 1 eine Dienstleistung anbietet oder erbringt.

Wird die Verwaltungsübertretung von einem Kleinstunternehmen gemäß § 3 Z 19 oder von einem kleinen und mittleren Unternehmen gemäß § 3 Z 20 begangen, ist das Unternehmen mit einer Geldstrafe bis zu 50 000 € zu bestrafen.

Geltungsbereich des BaFG

- Fokus auf Produkte und Dienstleistungen mit IKT-Bezug
- Taxative Aufzählung von Produkten und Dienstleistungen in § 2 BaFG!
- Produkte: Geldautomaten, Fahrkartenautomaten, Zahlungsterminals (POS), PCs,
 Notebooks, Tablets, Smartphones, Smart-TVs, E-Reader
- **Dienstleistungen**: Bankdienstleistungen, E-Commerce, Sprach- u. Videotelefonie, Online-Messenger-Dienste, Websites u. Apps von Verkehrsdiensten, E-Ticketing
- Ausnahme: Notrufe (geregelt im Telekommunikationsgesetz 2021)









sozialministerium.gv.at

Bundesministerium
 Arbeit, Soziales, Gesundheit,
 Pflege und Konsumentenschutz









Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte

- Anforderungen an Bereitstellung von Informationen
 - Kennzeichnung, Gebrauchsanleitung und Warnhinweise auf dem Produkt und weitere Anleitungen
- Gestaltung von Benutzerschnittstelle und Funktionalität
 - Menschen mit Behinderungen müssen auf das Produkt zugreifen, es wahrnehmen, zu bedienen, zu verstehen und zu regeln
- Branchenspezifische Anforderungen, z.B. für Selbstbedienungsterminals:
 - z.B. Sprachausgabetechnologie, Kopfhörernutzung, Verlängerung der vorgegebenen Zeit, ausreichend Kontrast und taktile Erkennbarkeit bei Tasten und Bedienelementen

Barrierefreiheitsanforderungen für Dienstleistungen

- Verwendung barrierefreier Produkte gemäß BaFG
- Bereitstellung von Informationen über die Funktionsweise der Dienstleistung
- Websites und Apps wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust (barrierefreier Webzugang)
- **Zusätzliche** Anforderungen, u.a. für E-Commerce:
 - Informationen zur Barrierefreiheit der zum Verkauf stehenden Produkte und Dienstleistungen (wenn vorhanden)
 - Barrierefreie Identifizierungs-, Sicherheits- und Zahlungsfunktionen

Ausnahmen und Abgrenzung – was fällt nicht unter das BaFG?

- Kleinstunternehmen, die Dienstleistungen anbieten
 - weniger als 10 Beschäftigte <u>und</u> entweder Jahresumsatz oder Jahresbilanzsumme von höchstens 2 Millionen €
- Einzelne Barrierefreiheitsanforderungen gelten nicht, wenn sie zu einer grundlegenden Veränderung oder unverhältnismäßigen Belastung führen
- Bestimmte Inhalte von Websites: u.a. alte aufgezeichnete zeitbasierte Medien, Inhalte von Dritten, Archive

Ausnahmen und Abgrenzung – was fällt nicht unter das BaFG?

"Es kommt darauf an"

- Ausschließlich B2B (Business to Business) oder C2C (Consumer to Consumer)
- Inhalte von audiovisuellen Medien → unter das BaFG fallen "nur" die Verbraucherendgeräte und Dienste für den Zugang
- Abgrenzungsfragen im Bereich E-Commerce
 - Vertragsabschluss nicht zwingend erforderlich (Definition: "im Hinblick auf den Abschluss eines Verbrauchervertrages")
 - Kontaktformulare?
 - Online-Spenden?

Informationen zum BaFG

- https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Menschen-mit-Behinderungen/Barrierefreiheitsgesetz.html
- https://www.sozialministeriumservice.gv.at/Marktueberwachung_digitale_Barriere
 freiheit/Allgemeine_Informationen_zum_Barrierefreiheitsgesetz/Allgemeine Informationen-zum-Barrierefreiheitsgesetz.de.html
- https://www.wko.at/ce-kennzeichnung-normen/informationen-zumbarrierefreiheitsgesetz

Vielen Dank! Fragen?



Foto: BHÖ / Stefanie Grüssl

Andreas Reinalter
BMASGPK, Leiter Abteilung IV/1
andreas.reinalter@sozialministerium.gv.at

Konrad Swietek
BMASGPK, Stellvertretender Leiter Abteilung IV/1
konrad.swietek@sozialministerium.gv.at